



2023/2129(DEC)

9.11.2023

ÄNDERUNGSANTRÄGE

1 - 58

Entwurf einer Stellungnahme

Christine Anderson

(PE754.838v01-00)

Entlastung 2022: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäische Kommission
((2023/2129(DEC))

Änderungsantrag 1
Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme
Erwägung A

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, die Gleichstellung von Männern und Frauen bei all ihren Maßnahmen zu fördern;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 2
Sandra Pereira

Entwurf einer Stellungnahme
Erwägung A

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, die Gleichstellung von Männern und Frauen *bei all ihren Maßnahmen zu fördern*;

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, *bei allen ihren Tätigkeiten* die Gleichstellung von Männern und Frauen *zu fördern*; *in der Erwägung, dass die von ihr geförderte Politik des Angriffs auf Sozial- und Arbeitnehmerrechte im Widerspruch dazu steht und tatsächlich zur Vertiefung der sozioökonomischen Ungleichheiten beigetragen hat, von denen insbesondere Frauen betroffen sind*;

Or. pt

Änderungsantrag 3

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Erwägung A

Entwurf einer Stellungnahme

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, die Gleichstellung **von Männern und Frauen bei all ihren Maßnahmen** zu fördern;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, **bei allen ihren Tätigkeiten die Gleichstellung der Geschlechter und die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts** zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 4

María Soraya Rodríguez Ramos, Karen Melchior, Susana Solís Pérez

Entwurf einer Stellungnahme

Erwägung A

Entwurf einer Stellungnahme

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter **und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU** gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, die Gleichstellung von Männern und Frauen **bei all ihren Maßnahmen** zu fördern;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter **in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union als Grundwert der Union verankert ist; in der Erwägung, dass die Union** gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, **Ungleichheiten zu beseitigen und** die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 5

Margarita de la Pisa Carrión

Entwurf einer Stellungnahme

Erwägung A

Entwurf einer Stellungnahme

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung **der Geschlechter** und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, **die Gleichstellung von Männern und Frauen bei all** ihren **Maßnahmen** zu fördern;

Geänderter Text

A. in der Erwägung, dass die Gleichstellung **von Männern und Frauen** und die Beseitigung von Ungleichheiten Grundwerte sind, auf die sich die EU gründet, und die EU gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, **diese Gleichstellung bei allen** ihren **Tätigkeiten** zu fördern;

Or. es

Änderungsantrag 6 Sandra Pereira

Entwurf einer Stellungnahme Erwägung A a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass sich in einer Reihe von Mitgliedstaaten mit niedrigen Geburtenraten Frauen und Paare Kinder wünschen, in der Praxis aber daran gehindert werden, und dass dies nicht auf ihre eigene Entscheidung zurückgeht, sondern auf die zunehmende Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, die eine unmittelbare Folge der sogenannten Austeritätspolitik sind, die zu Arbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen, Missachtung und Verletzung von mit Mutterschaft und Vaterschaft verbundenen Rechten am Arbeitsplatz sowie zum Abbau von öffentlichen Dienstleistungen und einem erschwerten Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen geführt hat;

Or. pt

Änderungsantrag 7
Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme
Erwägung A a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter einer der Grundwerte der Europäischen Union ist und die Union gemäß Artikel 8 AEUV verpflichtet ist, bei allen ihren Tätigkeiten die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 8
Monika Vana
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Erwägung A a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament die Kommission wiederholt aufgefordert hat, die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter, die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung und geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen in sämtlichen Politikbereichen der EU voranzubringen und umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 9
Sandra Pereira

Entwurf einer Stellungnahme

Erwägung A b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

Ab. in der Erwägung, dass unbedingt sichergestellt werden muss, dass Frauen das Recht haben, einer mit Rechten verbundenen Beschäftigung nachzugehen und das Recht auf Mutterschaft wahrzunehmen, ohne dafür Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, da Frauen nach wie vor am stärksten benachteiligt und diskriminiert werden; in der Erwägung, dass diese Diskriminierung beispielsweise darin besteht, dass die Arbeitgeber bei Einstellungsgesprächen Frauen weiterhin unter Druck setzen, indem sie nachfragen, ob sie Kinder haben und wie alt sie sind, um die Entscheidung der Frauen zu beeinflussen und sich für kinderlose Arbeitnehmer zu entscheiden, die „verfügbarer“ sind, oder dass zunehmend wirtschaftlicher und arbeitsbezogener Druck ausgeübt wird, damit Arbeitnehmerinnen den Mutterschaftsurlaub nicht in Anspruch nehmen;

Or. pt

Änderungsantrag 10 Maria Noichl

**Entwurf einer Stellungnahme
Erwägung A b (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

Ab. in der Erwägung, dass das Parlament die Kommission wiederholt aufgefordert hat, in allen Bereichen der Unionspolitik eine durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts, eine an Gleichstellungsfragen orientierte Haushaltsgestaltung sowie geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen zu fördern und

umzusetzen, und dass es den Europäischen Rechnungshof mehrmals aufgefordert hat, eine geschlechtsspezifische Perspektive in seine Berichte über die Ausführung des Haushaltsplans der Union aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 11
Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme
Erwägung A c (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

Aa. in der Erwägung, dass sich die Folgen des Krieges in der Ukraine, die Krise der Lebenshaltungskosten, von der Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind, und die in mehreren Mitgliedstaaten zu beobachtenden Rückschritte im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Rechte der Frau, insbesondere in Bezug auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, erheblich auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Union auswirken; in der Erwägung, dass dadurch Ungleichheiten weiter vertieft werden und die Gleichstellung der Geschlechter behindert wird;

Or. en

Änderungsantrag 12
Sandra Pereira

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 1

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

1. unterstreicht, dass die Chancengleichheit von Männern und

entfällt

Frauen in allen Politikbereichen eine Selbstverständlichkeit sein sollte; weist allerdings darauf hin, dass eher auf evidenzbasierte Daten abgestellt werden sollte, statt zu lamentieren, dass Frauen stärker von Krieg, COVID-19 und Klimawandel betroffen sind, oder zu behaupten, dass mehr Abtreibungen den Interessen der Frauen am besten dienen; ist daher der Auffassung, dass im Haushaltsverfahren Einsparungen erzielt werden können, indem bei den betreffenden Haushaltslinien Kürzungen vorgenommen werden;

Or. pt

**Änderungsantrag 13
Maria Noichl**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 1**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

1. unterstreicht, dass die Chancengleichheit von Männern und Frauen in allen Politikbereichen eine Selbstverständlichkeit sein sollte; weist allerdings darauf hin, dass eher auf evidenzbasierte Daten abgestellt werden sollte, statt zu lamentieren, dass Frauen stärker von Krieg, COVID-19 und Klimawandel betroffen sind, oder zu behaupten, dass mehr Abtreibungen den Interessen der Frauen am besten dienen; ist daher der Auffassung, dass im Haushaltsverfahren Einsparungen erzielt werden können, indem bei den betreffenden Haushaltslinien Kürzungen vorgenommen werden;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 14
Eleni Stavrou**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 1**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

1. ***unterstreicht, dass die Chancengleichheit von Männern und Frauen in allen Politikbereichen eine Selbstverständlichkeit sein sollte; weist allerdings darauf hin, dass eher auf evidenzbasierte Daten abgestellt werden sollte, statt zu lamentieren, dass Frauen stärker von Krieg, COVID-19 und Klimawandel betroffen sind, oder zu behaupten, dass mehr Abtreibungen den Interessen der Frauen am besten dienen; ist daher der Auffassung, dass im Haushaltsverfahren Einsparungen erzielt werden können, indem bei den betreffenden Haushaltslinien Kürzungen vorgenommen werden;***

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 15

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 1**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

1. ***unterstreicht, dass die Chancengleichheit von Männern und Frauen in allen Politikbereichen eine Selbstverständlichkeit sein sollte; weist allerdings darauf hin, dass eher auf evidenzbasierte Daten abgestellt werden sollte, statt zu lamentieren, dass Frauen stärker von Krieg, COVID-19 und Klimawandel betroffen sind, oder zu behaupten, dass mehr Abtreibungen den Interessen der Frauen am besten dienen; ist daher der Auffassung, dass im Haushaltsverfahren Einsparungen erzielt werden können, indem bei den***

1. ***unterstreicht, dass bei allen Politikbereichen eine Gleichstellungsperspektive integriert und sichergestellt sein sollte, insbesondere angesichts der vielfältigen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der anhaltenden Klima-, Energie- und Sozialkrise, mit Schwerpunkt auf der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten und den Rückschritten im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte in der EU; bekräftigt daher seine Forderung, die Berücksichtigung***

betreffenden Haushaltslinien Kürzungen vorgenommen werden;

des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung in sämtlichen Phasen des Haushaltsverfahrens umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 16

María Soraya Rodríguez Ramos, Karen Melchior, Susana Solís Pérez

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 1

Entwurf einer Stellungnahme

1. unterstreicht, dass **die Chancengleichheit von Männern und Frauen in allen Politikbereichen eine Selbstverständlichkeit sein sollte; weist allerdings darauf hin, dass eher auf evidenzbasierte Daten abgestellt werden sollte, statt zu lamentieren, dass Frauen stärker von Krieg, COVID-19 und Klimawandel betroffen sind, oder zu behaupten, dass mehr Abtreibungen den Interessen der Frauen am besten dienen; ist daher der Auffassung, dass im Haushaltsverfahren Einsparungen erzielt werden können, indem bei den betreffenden Haushaltslinien Kürzungen vorgenommen werden;**

Geänderter Text

1. unterstreicht, dass **eine Gleichstellungsperspektive in alle Politikbereiche integriert und sichergestellt werden sollte, insbesondere angesichts der geschlechtsspezifischen Aspekte anhaltender Krisen wie Kriege, Klimakrise, Inflation und Rückschläge gegen die Rechte der Frau, insbesondere die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, in der Union und weltweit;**

Or. en

Änderungsantrag 17

Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 1 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

1a. hebt hervor, dass in allen Politikbereichen die Rechte der Frauen und der Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigt und gewährleistet werden sollten; bekräftigt

Geänderter Text

daher seine Forderung, die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung in sämtlichen Phasen des Haushaltsverfahrens umzusetzen; hält es für besonders wichtig, dass der Gleichstellungsaspekt bei der Haushaltsplanung im Zusammenhang mit sämtlichen Maßnahmen zur Erholung und Linderung berücksichtigt wird, um die EU-Programme dafür zu nutzen, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der verschiedenen Krisen abzumildern;

Or. en

Änderungsantrag 18
Sandra Pereira

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 1 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

1a. lehnt die Aufstockung der Haushaltsmittel für Militarisierung ab, insbesondere für Waffen, Infrastruktur, Kapazitäten und militärische Mobilität sowie für Grenzschutz und die Externalisierung von Grenzschaufgaben; ist der Ansicht, dass diese Mittel zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und zur Bekämpfung der Ursachen der Migration, wie Armut und gewaltsame Konflikte, eingesetzt werden sollten;

Or. pt

Änderungsantrag 19
Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 1 a (neu)

1a. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament die Kommission wiederholt aufgefordert hat, die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter, die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung und geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen in sämtlichen relevanten Politikbereichen der EU voranzubringen und umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 20

Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 1 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

1b. betont, dass in sämtlichen relevanten Politikbereichen eine Gleichstellungsperspektive berücksichtigt und sichergestellt werden sollte, insbesondere vor dem Hintergrund der zahlreichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der derzeitigen Krisen in den Bereichen Klima, Energie und Soziales; bekräftigt daher seine Forderung, dass die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung im gesamten Haushaltsverfahren umgesetzt wird;

Or. en

Änderungsantrag 21

Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 1 c (neu)

1c. betont, dass angesichts der in mehreren Mitgliedstaaten und weltweit zu beobachtenden Rückschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter und der Frauenrechte, insbesondere im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, eine Gleichstellungsperspektive integriert und sichergestellt werden sollte; bekräftigt daher seine Forderung, dass die Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung im gesamten Haushaltsverfahren umgesetzt wird; hält es für besonders wichtig, dass der Gleichstellungsaspekt bei der Haushaltsplanung im Zusammenhang mit sämtlichen Maßnahmen zur Erholung und Linderung berücksichtigt wird, um die EU-Programme dafür zu nutzen, die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der verschiedenen Krisen abzumildern;

Or. en

**Änderungsantrag 22
Eleni Stavrou**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

2. äußert Bedenken hinsichtlich der Verteufelung von Gruppen, die sich für Schwangere einsetzen; weist darauf hin, dass dies im Widerspruch zu Artikel 2 EUV und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht, in denen das Recht auf Leben verankert ist; ist ferner besorgt über die Missachtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich; fordert daher, dass die Mittel für Organisationen, die sich für Abtreibungen aussprechen, gestrichen

entfällt

werden; fordert die Kommission auf, die zentralen Ziele derjenigen zu prüfen, denen EU-Mittel gewährt werden, und Mittel nicht an Akteure auszugeben, die EU-Mittel für die Aufkündigung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter, verwenden;

Or. en

**Änderungsantrag 23
Maria Noichl**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

2. äußert Bedenken hinsichtlich der Verteufelung von Gruppen, die sich für Schwangere einsetzen; weist darauf hin, dass dies im Widerspruch zu Artikel 2 EUV und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht, in denen das Recht auf Leben verankert ist; ist ferner besorgt über die Missachtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich; fordert daher, dass die Mittel für Organisationen, die sich für Abtreibungen aussprechen, gestrichen werden; fordert die Kommission auf, die zentralen Ziele derjenigen zu prüfen, denen EU-Mittel gewährt werden, und Mittel nicht an Akteure auszugeben, die EU-Mittel für die Aufkündigung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter, verwenden;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 24
Monika Vana
im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2**

Entwurf einer Stellungnahme

2. äußert Bedenken hinsichtlich der Verteufelung von Gruppen, die sich für Schwangere einsetzen; weist darauf hin, dass dies im Widerspruch zu Artikel 2 EUV und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht, in denen das Recht auf Leben verankert ist; ist ferner besorgt über die Missachtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich; fordert daher, dass die Mittel für Organisationen, die sich für Abtreibungen aussprechen, gestrichen werden; fordert die Kommission auf, die zentralen Ziele derjenigen zu prüfen, denen EU-Mittel gewährt werden, und Mittel nicht an Akteure auszugeben, die EU-Mittel für die Aufkündigung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter, verwenden;

Geänderter Text

2. stellt mit Besorgnis fest, dass in dem vom Rechnungshof veröffentlichten Sonderbericht Nr. 10/2021 bestätigt wurde, dass die Gleichstellung der Geschlechter im Haushaltszyklus der Union noch nicht angemessen berücksichtigt wird, da Schlüsselemente wie geschlechtsspezifische Analysen, Ziele und Indikatoren sowie eine diesbezügliche Rechenschaftspflicht durch Berichterstattung weitgehend fehlen; und dass die Kommission ihre Verpflichtung zur durchgängigen Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts im Unionshaushalt noch nicht vollständig umgesetzt hat;

Or. en

Änderungsantrag 25

María Soraya Rodríguez Ramos, Karen Melchior, Susana Solís Pérez

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2**

Entwurf einer Stellungnahme

2. äußert Bedenken hinsichtlich der Verteufelung von Gruppen, die sich für Schwangere einsetzen; weist darauf hin, dass dies im Widerspruch zu Artikel 2 EUV und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht, in denen das Recht auf Leben verankert ist; ist ferner besorgt über die Missachtung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich; fordert daher, dass die Mittel für Organisationen, die sich für Abtreibungen aussprechen, gestrichen

Geänderter Text

2. nimmt die Methode der Kommission für die Verfolgung geschlechtsspezifischer Aspekte der Ausgaben ab 2023 zur Kenntnis; weist darauf hin, dass nur bei 2 % der Haushaltsmittel der Union festgestellt wurde, dass sie hauptsächlich zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter bestimmt sind; fordert die Kommission auf, diesen Wert zu verbessern, indem die Gleichstellung der Geschlechter von Beginn einer

werden; fordert die Kommission auf, die zentralen Ziele derjenigen zu prüfen, denen EU-Mittel gewährt werden, und Mittel nicht an Akteure auszugeben, die EU-Mittel für die Aufkündigung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte der Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter, verwenden;

Programmgestaltung an durchgängig berücksichtigt wird; bekräftigt, dass weitere Einzelheiten erforderlich sind, damit der Großteil der Ausgaben (73 %), die derzeit als 0* „potenziell zur Gleichstellung der Geschlechter“ bewertet werden, vollständig verstanden werden kann;

Or. en

**Änderungsantrag 26
Maria Noichl**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

2a. äußert erneut seine Besorgnis über den Zusammenhang zwischen den Angriffen auf die Rechtsstaatlichkeit, die Demokratie und die Menschenrechte und den Rückschritten in den Bereichen Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte; fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union fortzusetzen und insbesondere die Legislativvorschläge zum Schutz des Haushalts der Union im Falle von generellen Mängeln in Bezug auf das Rechtsstaatsprinzip und von Menschenrechtsverletzungen, darunter Verletzungen der Rechte der Frauen und Verstöße gegen die Grundwerte der Europäischen Union, voranzutreiben; fordert die Kommission auf, die zentralen Ziele derjenigen zu prüfen, denen EU-Mittel gewährt werden, und Mittel nicht an Akteure auszugeben, die bestrebt sind, EU-Mittel für die Zwecke von Rückschritten im Bereich der Menschenrechte, insbesondere der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte sowie der

**Rechte der Frauen auf körperliche
Integrität, Autonomie und
Selbstbestimmung zu verwenden;**

Or. en

**Änderungsantrag 27
Sandra Pereira**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 2 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

2a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte zu schützen, insbesondere indem sie dafür Sorge tragen, dass es Programme und Dienste im Bereich der reproduktiven Gesundheit gibt, einschließlich einer gesundheitlichen Versorgung und entsprechender Arzneimittel, die für die freiwillige Familienplanung und die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen erforderlich sind;

Or. pt

**Änderungsantrag 28
Sandra Pereira**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3. stellt fest, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung ein fehlerhaftes Konzept ist, da es Frauen in Rollen, Beschäftigung und Identitäten drängen würde, die sie möglicherweise nicht wollen, anstatt die Entscheidung einfach den Einzelpersonen und Familien zu überlassen;

entfällt

Änderungsantrag 29

Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 3

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3. stellt fest, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung ein fehlerhaftes Konzept ist, da es Frauen in Rollen, Beschäftigung und Identitäten drängen würde, die sie möglicherweise nicht wollen, anstatt die Entscheidung einfach den Einzelpersonen und Familien zu überlassen; **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 30

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 3

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3. stellt fest, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung ein fehlerhaftes Konzept ist, da es Frauen in Rollen, Beschäftigung und Identitäten drängen würde, die sie möglicherweise nicht wollen, anstatt die Entscheidung einfach den Einzelpersonen und Familien zu überlassen; **entfällt**

Or. en

Änderungsantrag 31

Eleni Stavrou

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3. stellt fest, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung ein fehlerhaftes Konzept ist, da es Frauen in Rollen, Beschäftigung und Identitäten drängen würde, die sie möglicherweise nicht wollen, anstatt die Entscheidung einfach den Einzelpersonen und Familien zu überlassen;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 32

María Soraya Rodríguez Ramos, Karen Melchior, Susana Solís Pérez

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3. stellt fest, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung ein fehlerhaftes Konzept ist, da es Frauen in Rollen, Beschäftigung und Identitäten drängen würde, die sie möglicherweise nicht wollen, anstatt die Entscheidung einfach den Einzelpersonen und Familien zu überlassen;

3. fordert die Kommission erneut auf, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken und dafür zu sorgen, dass EU-Mittel nicht an Rechtssubjekte gelangen, die an Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Grundrechte der Frauen und der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, beteiligt sind;

Or. en

Änderungsantrag 33

Margarita de la Pisa Carrión

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3**

Entwurf einer Stellungnahme

3. **stellt fest**, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung **ein fehlerhaftes Konzept ist, da es Frauen in Rollen, Beschäftigung und Identitäten drängen würde, die sie möglicherweise nicht wollen, anstatt die Entscheidung einfach den Einzelpersonen und Familien zu überlassen;**

Geänderter Text

3. **weist darauf hin**, dass die durchgängige Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung **der Natur der Frauen widerspricht, da sie Frauen auf künstliche Weise eine Identität aufzwingt, indem ideologischen Vorgaben aber nicht den wahren Wünschen und Bedürfnissen der Frauen gefolgt wird;**

Or. es

Änderungsantrag 34

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 3 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3a. fordert die Kommission Rat auf, die Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs vollständig umzusetzen, auch im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens und der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität;

Or. en

Änderungsantrag 35

Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 3 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

3a. begrüßt, dass die Gleichstellung der Geschlechter und die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter zu den horizontalen

**Grundsätzen für Unionsmittel im
mehrjährigen Finanzrahmen für den
Zeitraum 2021–2027 (MFR) und in der
Aufbau- und Resilienzfazilität gehören;**

Or. en

**Änderungsantrag 36
Maria Noichl**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

**3a. fordert die Kommission mit Blick
auf das Ende dieser Wahlperiode auf, ihre
Arbeit zur Gleichstellung der
Geschlechter fortzusetzen, und fordert,
dass in der nächsten Wahlperiode ein
Kommissionsmitglied für die
Gleichstellung der Geschlechter ernannt
wird;**

Or. en

**Änderungsantrag 37
Eleni Stavrou**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 3 b (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

**3b. begrüßt die Arbeit der Kommission
an einer neuen Klassifizierung zur
Messung der geschlechtsspezifischen
Auswirkungen der Ausgaben der Union;
fordert die Kommission auf, dafür zu
sorgen, dass der Schwerpunkt der
Klassifizierung darauf liegt, dass die
Auswirkungen von Programmen auf die
Gleichstellung der Geschlechter genau
und umfassend dargestellt werden;**

Or. en

Änderungsantrag 38
Monika Vana
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4. stellt fest, dass die Methode zur Berechnung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das demzufolge in der Union bei 12,7 % liegt, fehlerhaft ist, da dabei die Entscheidung einer Person, einer schlechter bezahlten Arbeit oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, nicht berücksichtigt wird;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 39
Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4. stellt fest, dass die Methode zur Berechnung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das demzufolge in der Union bei 12,7 % liegt, fehlerhaft ist, da dabei die Entscheidung einer Person, einer schlechter bezahlten Arbeit oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, nicht berücksichtigt wird;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 40
Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4. stellt fest, dass die Methode zur Berechnung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das demzufolge in der Union bei 12,7 % liegt, fehlerhaft ist, da dabei die Entscheidung einer Person, einer schlechter bezahlten Arbeit oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, nicht berücksichtigt wird;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 41

María Soraya Rodríguez Ramos, Karen Melchior, Susana Solís Pérez

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4. stellt fest, dass die Methode zur Berechnung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das demzufolge in der Union bei 12,7 % liegt, fehlerhaft ist, da dabei die Entscheidung einer Person, einer schlechter bezahlten Arbeit oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, nicht berücksichtigt wird;

4. beharrt darauf, dass die Aufbau- und Resilienzfähigkeit Frauen und Männern gleichermaßen zugutekommen sollte, insbesondere angesichts des sich in der Union auf 13 % belaufenden Lohngefälles zwischen Frauen und Männern; weist darauf hin, dass die Kommission eine geschlechtsspezifische Bewertung der Aufbau- und Resilienzpläne der Mitgliedstaaten nur in Form einer Ex-ante-Bewertung eingeführt hat, bei der sich herausgestellt hat, dass einige Mitgliedstaaten keine Maßnahmen mit Schwerpunkt auf der Gleichstellung der Geschlechter ausgewiesen haben;

Or. en

Änderungsantrag 42

Margarita de la Pisa Carrión

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 4

Entwurf einer Stellungnahme

4. stellt fest, dass die Methode zur Berechnung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das demzufolge in der Union bei 12,7 % liegt, fehlerhaft ist, da dabei die Entscheidung einer Person, einer schlechter bezahlten Arbeit oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, nicht berücksichtigt wird;

Geänderter Text

4. stellt fest, dass die Methode zur Berechnung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, das demzufolge in der Union bei 12,7 % liegt, fehlerhaft ist **und auf einem willkürlichen Kriterium beruht**, da dabei die Entscheidung einer Person, einer schlechter bezahlten Arbeit oder einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen, nicht berücksichtigt wird;

Or. es

Änderungsantrag 43

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 4 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4a. begrüßt die Arbeit der Kommission an einer neuen Klassifizierung zur Messung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Ausgaben der Union; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass der Schwerpunkt der Klassifizierung darauf liegt, dass die Auswirkungen aller bestehenden Programme und Fonds genau und umfassend dargestellt werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass eine umfassende Methode zur Nachverfolgung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen eine Berichterstattung über negative Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter umfassen muss und dass es wichtig ist, konkrete Ausgabenziele festzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 44

Sandra Pereira

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4a. hebt hervor, dass sich im letzten Jahrzehnt mit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise die wirtschaftliche, soziale, arbeits- und geschlechtsbezogene Ungleichheit innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen ihnen verschärft hat; ruft die wichtige Rolle des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen in Erinnerung, wenn es darum geht, das Bewusstsein für das Ausmaß und die Ursachen des Geschlechtergefälles in der EU zu schärfen; fordert daher, dass der Haushalt und die personellen Ressourcen des Instituts aufgestockt und seine Unabhängigkeit gestärkt werden;

Or. pt

**Änderungsantrag 45
Eleni Stavrou**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4a. fordert die Kommission auf, der von Präsidentin von der Leyen eingegangenen positiven Verpflichtung nachzukommen, die Gleichstellung der Geschlechter bei allen politischen Entscheidungen zu fördern, und hebt hervor, dass mehr getan werden muss;

Or. en

**Änderungsantrag 46
Monika Vana**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 b (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4b. weist darauf hin, dass die wichtigste Lehre aus der Anwendung der Pilotmethodik darin bestand, dass die Möglichkeit, konkrete Punktzahlen zu vergeben, begrenzt war, da die erforderlichen Daten fehlen; betont daher, wie wichtig die Anforderungen an die Datenerhebung sind, um eine systematische und umfassende Erhebung von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Daten im Zusammenhang mit allen einschlägigen Politikbereichen der EU zu ermöglichen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dies vorrangig zu behandeln und die Möglichkeiten zu nutzen, um die Anforderungen und Indikatoren für die Datenerhebung in neuen Rechtsvorschriften und bei Überarbeitungen, wie etwa der Neufassung der Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zu verbessern;

Or. en

**Änderungsantrag 47
Sandra Pereira**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 b (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4b. fordert nachdrücklich, dass die Erstellung von auf Prekarität basierenden Angeboten abgelehnt wird; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Tarifvereinbarungen, Lohnsteigerungen, die Förderung unbefristeter Verträge und die Regulierung von Arbeitszeiten zu

unterstützen; fordert das Europäische Parlament und die anderen EU-Organe auf, gegen prekäre Beschäftigungsbedingungen vorzugehen, indem sie Tarifverträge und mit Rechten verbundene Beschäftigung fördern und die Vergabe von Unteraufträgen ablehnen und dafür sorgen, dass eine unbefristete Stelle mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag einhergeht und gleiches Entgelt für gleiche Arbeit gezahlt wird;

Or. pt

Änderungsantrag 48
Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4b. betont, wie wichtig es ist, die europäischen Struktur- und Investitionsfonds wie den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) zu nutzen, um die Gleichstellung der Geschlechter, die Beschäftigung von Frauen, die Stärkung der Rolle von Frauen, Unternehmertum, Führungs- und Managementfunktionen sowie Langzeitpflegeeinrichtungen zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 49
Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 4 c (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

4c. betont, dass die entsprechende Daphne-Initiative gestärkt werden muss, indem ihre Mittel aufgestockt werden,

insbesondere für Maßnahmen nach Artikel 7 Absatz 6 der Verordnung (EU) 2021/692, mit denen sämtliche Ebenen und Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt bekämpft werden sollen, und für Maßnahmen, die die angemessene Unterstützung der Opfer zum Ziel haben;

Or. en

Änderungsantrag 50
Eleni Stavrou

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5. weist darauf hin, wie wichtig die Bekämpfung von Gewalt und Menschenhandel ist – wie in der Daphne-Initiative dargelegt –, fordert jedoch Transparenz in Bezug auf die mit den investierten Mitteln erzielten Ergebnisse.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 51
Monika Vana
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5. weist darauf hin, wie wichtig die Bekämpfung von Gewalt und Menschenhandel ist – wie in der Daphne-Initiative dargelegt –, fordert jedoch Transparenz in Bezug auf die mit den investierten Mitteln erzielten Ergebnisse.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 52

Maria Noichl

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5. weist darauf hin, wie wichtig die Bekämpfung von Gewalt und Menschenhandel ist – wie in der Daphne-Initiative dargelegt –, fordert jedoch Transparenz in Bezug auf die mit den investierten Mitteln erzielten Ergebnisse.

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 53

María Soraya Rodríguez Ramos, Karen Melchior, Susana Solís Pérez

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5. weist darauf hin, wie wichtig die Bekämpfung von Gewalt und Menschenhandel ist – wie in der Daphne-Initiative dargelegt –, fordert jedoch Transparenz in Bezug auf die mit den investierten Mitteln erzielten Ergebnisse.

5. bekräftigt angesichts der Krise der geschlechtsspezifischen Gewalt, mit der die Union konfrontiert ist, seine Forderung nach Schaffung einer eigenen Haushaltlinie für die Gleichstellung der Geschlechter, insbesondere im Rahmen des Programms Daphne;

Or. en

Änderungsantrag 54

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5 a (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5a. bedauert, dass es an spezifischen Haushaltlinien für Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter fehlt, insbesondere im Rahmen des Programms Daphne, was einen Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht zur Folge hat. betont, wie wichtig es ist, die spezifische Daphne-Initiative zu stärken, indem ihre Ressourcen aufgestockt werden, insbesondere Maßnahmen zur Bekämpfung aller Ebenen und Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt;

Or. en

**Änderungsantrag 55
Eleni Stavrou**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5a. vertritt auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen die Auffassung, dass Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2022 erteilt werden kann;

Or. en

**Änderungsantrag 56
Annika Bruna**

**Entwurf einer Stellungnahme
Ziffer 5 a (neu)**

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5a. weist darauf hin, wie wichtig es ist, islamistische Ideologien und alle damit verbundenen Netzwerke zu bekämpfen,

um die Rechte der Frauen in Europa zu schützen;

Or. fr

Änderungsantrag 57

Monika Vana

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5a. stellt fest, dass einer vom FEMM-Ausschuss angeforderten Studie^{1a} zufolge Männer bei der Gestaltung von Subventionen und Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des Pakets „Fit für 55“ sowie anderer politischer Strategien, Programme und Finanzierungsinstrumente für den grünen Wandel häufig gegenüber Frauen und marginalisierten Gruppen häufig bevorzugt werden;

^{1a}

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/736899/IPOL_STU\(2022\)736899_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/736899/IPOL_STU(2022)736899_EN.pdf)

Or. en

Änderungsantrag 58

Annika Bruna

Entwurf einer Stellungnahme

Ziffer 5 b (neu)

Entwurf einer Stellungnahme

Geänderter Text

5b. ist besorgt darüber, dass die Kommission immer noch Vereinigungen mit Verbindungen zu radikalen religiösen und politischen Organisationen, die gegen

*die Grundrechte von Frauen vorgehen,
wie etwa die Muslimbruderschaft,
subventioniert und fördert;*

Or. fr